## LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

18. Wahlperiode

17.05.2023

2.Neudruck

Rechtsausschuss

Dr. Werner Pfeil MdL

## **Einladung**

16. Sitzung (öffentlich/nichtöffentlich) des Rechtsausschusses am Mittwoch, dem 17. Mai 2023, 13.30 Uhr bis 15.30 Uhr, Raum E1 D05

Landtag Nordrhein-Westfalen Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

Gemäß § 53 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtags berufe ich den Ausschuss ein und setze folgende Tagesordnung fest:

### **Tagesordnung**

#### A Öffentlicher Teil

1. Schaffung eines Landesbetroffenenrats und Landesbeauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/4023

Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 18/4231

2. Landesregierung muss hohe Überstundenberge rechtssicher vor Verfall schützen – Mehrarbeit wertschätzen und bei Bedarf in Langzeitarbeitskonten überführen

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/4132

3. Bevor die Landesregierung Entscheidungen über die KI- und Legal Tech-Strategie der Justiz trifft, muss ein breiter und öffentlicher interdisziplinärer Diskurs über die Anwendung von Künstlicher Intelligenz in der Justiz geführt werden.

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/4134

4. Gefahren für den Rechtsstaat und die innere Sicherheit ernst nehmen – Die Landesregierung muss die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität intensivieren.

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/4139

5. Organstreitverfahren der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP gegen das Ministerium der Finanzen und die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen wegen möglicher Verletzung des Budgetrechts des Landtags

VerfGH 32/23 Vertrauliche Vorlage 18/74

6. Organstreitverfahren der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und Mitgliedern des Landtags der 18. Wahlperiode gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen wegen der Behauptung, bestimmte Beschlüsse des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 7. Dezember 2022 und vom 20. Dezember 2022 verletzten die Antragsteller in ihren sich aus Art. 30 Abs. 2, 3 und 5 LV ergebenden Rechten

VerfGH 42/23 Vertrauliche Vorlage 18/81

7. Verfassungsbeschwerde von sechs Personen gegen 23 Abs. 6 des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (PolG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juli 2003, zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 13. April 2022

1 BvR 1908/22 Vertrauliche Vorlage 17/79

8. Justizskandal im Zusammenhang mit dem Cum-Ex-Verfahren?

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1136

9. Entlastung von Gerichten bei Massenklagen durch KI-gestützte Softwareprogramme

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1141

## 10. E-Justice-Rat, den EDV-Gerichtsrat und die BLK

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1142

### 11. Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umweltkriminalität

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1144

### 12. Sachstand bei der Einführung des E-Examens

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1145

# 13. Sachstand bei den Ermittlungen im Zusammenhang mit den Serienvergewaltigungen in einem Bielefelder Klinikum

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1149

## 14. Videoverhandlung im Zivilprozess

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1246

## 15. Neue Personalbedarfsberechnung bei Veränderung der Streitwertzuständigkeit

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1247

### 16. Audiovisuelle Dokumentation der Hauptverhandlung

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1248

#### 17. Familienzuschläge bei der Beamtenbesoldung

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1249

## 18. Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Strafvollzug

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1250

## 19. Diskriminierungsfreie Prüfungen

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1251

### 20. Justiz in der KI-EU-VO

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1252

## 21. Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für Justizberufe

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1263

22. Versetzung eines Polizeibeamten als Dezernatsleiter in das Landeskriminalamt als Folge von Ermittlungen wegen des Vorwurfs der sexuellen Belästigung von dienstlich unterstellten Polizistinnen

Bericht der Landesregierung

- 23. Verschiedenes
- **B** Nichtöffentlicher Teil
- 24. Verdacht der Begehung einer Straftat durch einen Bediensteten zum Nachteil einer Gefangenen in der JVA Iserlohn

Bericht der Landesregierung

gez. Dr. Werner Pfeil - Vorsitz -

F. d. R.

Markus Müller Ausschussassistenz